

Saale-Zeitung.

Achtundzwanzigster Jahrgang.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei einmaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., wovon monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befreiung. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 5832 des amtl. Zeit.-Berg. Für die Redaktion verantwortlich: Hans Baumbach in Halle. (Schriftverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.) (Anschluss-Nr. 176.)

Anzeigen werden bei Spaltepreis oder deren Raum mit 20 Pfg. folde aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reflektoren die Zeit 50 Pfg. Erhalten wöchentlich postum; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich. (Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 96.

Halle a. d. Saale, Dienstag den 27. Februar

1894.

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für den Monat März werden von allen Reichspostanstalten zum Preise von 1 M. angenommen. Die Saale-Zeitung wird nach außerhalb ohne Ausnahme täglich zweimal sofort nach Erscheinen mit den nächsten Zügen versandt.

Durch eine Aenderung in der Versandart und Einrichtung eines besonderen Telephon- und Telegrammdienstes bringt die Saale-Zeitung die neuesten Nachrichten gleichzeitig mit den Berliner Blättern, die wichtigsten Kurse der Berliner Börse sogar früher wie diese.

Für Halle, Siebichstein und Trotha werden Bestellungen von der unterzeichneten Expedition, den Ausdrückern und den verschiedenen Ausgabestellen angenommen. Je nach Wunsch erfolgt die Zustellung zweimal täglich, morgens und abends, oder einmal täglich (Morgen- und Abend-Ausgabe zusammen) abends. Bei einmaliger Zustellung beträgt die Abonnementgebühr für den Monat März 85 Pfg., bei zweimaliger Zustellung 1 M.

Die Expedition.

Deutsches Reich.

Die Reichsaussicht.

Berlin, 26. Febr. (Fernsprecherbericht.) So gefüllt, wie man es nach den bisherigen Bemühungen der Reichsaussicht hätte erwarten dürfen und wie die Wichtigkeit des Gegenstandes verlangte, war das Haus heute zu Beginn der Generaldebatte über den russischen Handelsvertrag nicht besetzt. Auf die Reden dagegen erfolgte ein wacher Aufbruch und Hunderte von Menschen harrten draußen an den Eingangsportalen des Reichstages, Einzug begehrend. Der erste Debatte entsprach durchaus nicht den hochgepriesenen Erwartungen, obwohl das Bild in Saale ganz interessante Gruppen anbot. Fast sämtliche Reichstagsmitglieder zeigten sich an den Bundesratstischen. Von den preussischen Ministern fehlten nur Graf Guleburg und Miquel. Eine gewisse Enttäuschung rief es hervor, daß die Vorlage nicht vom Regierungskabinett aus eingeleitet wurde, sondern als erster Nebenredner ein Gegner der Vorlage das Wort erhielt: Graf Mierob. Wie ermerlichen, hatten seine Parteigenossen ihn im Vorhand, für die Vorlage zu sein. Von diesem Vorhand hat er sich allerdings gründlich gereinigt. Seine fast zweiwöchentliche Rede betrat den extremen Standpunkt der Agrarier, die auch in der Aufhebung des Deutschnachweises keine Kompensation für die Annahme des Vertrages sehen. Graf Mierob wünschte sich schließlich unter dem Vorwand seiner konserativen Freunde die Mitgliedschaft des Fürsten Blumard zurück. Staatssekretär von Marschall erklärte sich in den wichtigsten und schlagendsten Gründen für die Annahme des Vertrages, ohne etwas anderes als scharfen Widerspruch von Seiten der Rechten zu erfahren. Das Centrum hielt mit seinen Urtheils-Äußerungen vollständig zurück. Graf Mierob sprach im Namen derjenigen Freireformirten, die gegen den Vertrag stimmen, und das scheint ein größerer Theil zu sein, als diejenige Minderheit, die den Stimmzettel für sich reservirt. Nach einer warmen Rede Mierob's lag der Vertrag vorzeitig sich das Haus. Es folgten noch einige persönliche Bemerkungen und die formelle Abstimmung über die drei Wahlprüfungen, bei denen am Sonnabend schriftliche Anträge vorliegen.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 26. Febr. (Fernsprecherbericht.) Das Abgeordnetenhause beschloß heute den Etat der direkten Steuern, wobei namentlich das Verlangen bei der Einkommensteuer vermehrt wurde. Finanzminister Miquel vertheidigte das Verlangen; es wurden aber fünf schriftliche Anträge gemacht. Regierungssitzung erfolgte dann die Mittelfrage, daß die Anrechnung einer nachweislich höheren Klammernquote als 1/4 bis 1/2 Proz. bei Einkünften des Ertrages von Gehältern zulässig sei. Weiter eine Häusersteuer schwächen noch Ertragungen. Abg. D. Schaalsch sprach sich gegen die Verminderung der Kreissteuern aus. Der Etat der direkten Steuern wurde jedoch genehmigt, ebenso die Einnahmen aus laufenden Ausgaben des Etats der indirekten Steuern. Morgen Fortsetzung der Etatsberatung.

Seine Monarchenbegegnung.

(Telegramm.) Die Nachricht, daß in Abbazia eine Begegnung zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser von Italien stattfinden werde, ist unzutreffend. Wir hatten von der Meldung gar nicht erst Notiz genommen. (Die Red.) Daß Kaiser Franz Josef die deutschen Majestäten besuchen wird, ist schon gemeldet. Der Zar dagegen befindet sich zu jener Zeit in der Krone, und auch der König Humbert von Italien wird schwerlich nach Abbazia an österreichisches Gebiet kommen. Bekanntlich schied der Kaiser Franz Josef noch immer den Gegenstand dem König Humbert. Deshalb erscheint eine Zusammenkunft mit dem König von Italien auf österreichischem Gebiete unwahrscheinlich.

Finanzminister Miquel und die Handelsverträge.

(Telegramm.) Von vertrauenswerther Seite wird der „Post.“ mitgeteilt, daß sich der Minister Dr. Miquel, welcher dem Beschlusse des brandenburgischen Provinzial-Landtages als Abgeordneter betheiligte, auf diesen feste in privater Unterhaltung sehr deutlich gegen die Handelsverträge ausgesprochen und seiner

Ueberzeugung Ausdruck gegeben habe, daß kein Agrarier für den deutsch-russischen Handelsvertrag stimmen werde. Herr Miquel that diese Aeußerung so nahe dem Kaiser, daß dieser sie sehr wohl hätte hören können. Die „Post.“ gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Vorgang bald aufgeklärt werden möge. Befähigt die Nachricht sich so, so würde das Verhalten des Herrn Miquel als preussischen Ministers schwer verständlich. Der „Post.“ wird auch bestätigt, daß Herr Miquel sich im Staatsministerium gegen die Aufhebung der Staffelfortsetzung ausgesprochen hat, und zwar im Widerspruch zu der Meinung des Herrn Zehlen, die für die Aufhebung der Staffelfortsetzung laute und die auch vom Reichsminister und Herrn v. Marschall getheilt wird.

Verschuldungs-Statistik.

(Telegramm.) Auf Grund der letzten Steuererklärungen wird eine landwirthschaftliche Verschuldungs-Statistik ausgearbeitet.

Zur Agendenfrage.

In der Angelegenheit des Agenden-Courouff, und in der bisherigen Bearbeitung einer neuen Agende, in welcher eine Anzahl von Notabeln der evangelischen Kirche dem Oberkirchenrath ihre schweren Bedenken ausgesprochen haben, ist noch nachzutragen, daß Anstalt's-Erklärungen durch den Herrn Geheimrath Dr. Koch, Berlin SW., Großbeerstraße 8, dem Oberkirchenrath überreicht werden sollen.

Kolonialpolitische.

Eine Art Programm für die Kolonialarbeit in Deutsch-Ostafrika entwickelt der bekannte Kolonialpolitiker Konrad A. D. Vohsen in einer Schrift, die eben bei F. Fontane in Berlin erschienen ist. Der Verfasser führt aus, daß die Herstellung einer Eisenbahn nach den Seen als das vorzüglichste Mittel zur Erschließung und Ausbarmachung unserer Kolonie betrachte; aber die Vertheilung der bestehenden, und die Begründung neuer Stationen im Innern unseres Gebietes könne er nicht billigen, so lange nicht durch die Erbauung dieser Bahn eine feste Verbindung zwischen der Küste und dem im Innern befindlichen Stationen geschaffen ist, wie sie die regelmäßige Personalverwaltung und die Sicherheit der Stationen erfordert. Dann heißt es weiter: „Ich bin der Ansicht, daß dem Vahnanbau folgende, erst dann mit der Errichtung militärischer Stationen verbunden werden sollte, nachdem sich an den Haltestellen der Bahn Kultur- und Handelscentralstellen entwickelt haben und praktische Interessen zu wahren sind. Vorher ist auch eine erfolgreiche Bekämpfung des Sklavenhandels kaum zu denken. Die Vertheilung einer aufstrebenden Aktion gegen den Sklavenhandel und zur wirtschaftlichen Erschließung des Innern können bis dahin vertrauensvoll den Missionen und der Einwirkung der dem Gouverneur unterstellten politischen Agenten überlassen bleiben, die an den Missionen Stützpunkte für ihre Arbeit suchen und finden müssen. Haben wir durch die Einrichtung einer geordneten Verwaltung in dem Küstengebiet, durch den Bau von Eisenbahnen, die Verbringung von Dampfern nach den Seen und Einrichtung von Faktoreien an denselben unser Gebiet erst einmal mit einem Civilisationsbrünge umspant, das Innere durch die Begründung von Missionen, Anstalten und die Entsendung von Regierungsgenossen mit einem tief civilisatorischer Faktoren versehen, so ist die wichtigste Arbeit vollbracht, und es wird sich die weitere Entwicklung von selbst ergeben. Es ist meine Ueberzeugung, daß wenn nach diesen oder ähnlichen Grundzügen verfahren wird, wir, was die Verwaltung und den militärischen Schutz unseres Gebietes anbelangt, sehr bald die Kosten aus den Einnahmen, welche wir erzielen, werden decken können. Was die Zukunft unserer Kolonie betrifft, so würde damit der richtige Weg zu einer gelunden, fortschrittlichen, nämlich zu einer der Entwicklung der wirtschaftlichen Hülfsmittel des Landes folgenden Verwerthung unseres überseeischen Besitzes in Ostafrika betreten werden.“

Verschiedene Mittheilungen.

(Telegramm.) Die Nachricht, daß in nächster Zeit eine erhebliche Vermehrung der Silberausprägung an allen Reichsmünzstätten stattfinden sollte, können wir noch dahin erweitern, daß in gerader Zeit 22,650,000 M. in Reichsilbermünzen ausgeprägt werden sollen. Nach dem Münzgesetz vom 9. Juli 1873 dürfen Silbermünzen bis zum Höchstbetrage von 10 M. pro Kopf der Bevölkerung turken. Die letzte Volkszählung ergab 49,428,470 Köpfe, was für die gedachte Präge 494 Millionen M. Silberprägung erlaubt. Bisher sind aber nur 47,128,574 M. ausgeprägt, so daß jener Ueberschuß ein gewisser Einbruch nicht im Wege steht.

• Vom Vorstand des Reichsbereichs in Göttinge wurde beschlossen, dem Fürsten Bischoff am 1. April zu seinem Geburtstag in Friedrichsruh einen Fideikommiss zu bringen; die Vertheilung dürfte vorläufig werden.

• Dem chemischen sozialdemokratischen Organ ist, wie es sagt, durch einen „Zufall“ folgendes „vertrauliche Aftenstück“ in die Hände geraten: Geheim! Hierdurch erhalten Sie Befehl, Erörterungen darüber anzustellen, ob in den Landgemeinden Ihres Distrikts unter den beschriebenen Verhältnissen sich Personen befinden, welche bereits eine gewisse Führerrolle in der sozialdemokratischen Partei eingenommen haben oder wenigstens als eifrig und selbstbewußte Vertreter ihrer Partei gelten. Der Erfolg ist wegen des Anfangs Juli 1890 stattfindenden Ober-Vertragsjahres spätestens bis zum 21. Juni 1890 anzugeben. Im übrigen ist auch Anzeigebuchmal dann und auch zu ermitteln, sobald Ihnen noch nach der Abgabung weite Personen der gebildeten Art bekannt werden sollten.

Annaberg, den 5. Juni 1890. Königlich-Preussischer Amtshauptmannschaftsamt Herr Genard in ...

(Telegramm.) Einige Bestellungen haben in den letzten Tagen die Reichsdruckerei, es sei am 8. Febr. der Reichshaus der militärischen Buchhändlerabteilung in Regensburg in Folge Zerfalls des Tones entfallen. Man habe noch 3 Tage vorher nicht gemerkt, was aus den Umständen des Zerfallsverfalls geworden ist. Die Nachricht, so schreibt der „Reichsbereich“, ist irrig. Die Fahrt des Wollens der Buchhändlerabteilung Köln am 8. Febr. war als Verfall der Wollens in den letzten Tagen der Reichsdruckerei als Verfall angeordnet. Der Wollens ist an denselben Tage ohne Unfall bei dem Grafen Nothe in Kreuze gelandet und gleichfalls an denselben Tage trat eine Explosion mit der Eisenbahn die Kutsche nach Köln an.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Fortführung der Saluta-Regulierung.

Wien, 26. Febr. (Telegramm.) Abgeordnetenhause. Der Finanzminister Dr. v. Plener brachte heute den Beschlusse der Salutaregulierung drei Gesetze vor. Das erste betrifft gemäß dem Uebereinkommen mit Ungarn die Einziehung von 200 Millionen Staatsnoten, nämlich der gekündigten Einzulnoten und einen Theil der fünf- und der zehnjährigen Noten. Die Einziehung erfolgt durch beide Regierungen mittels Ausgabe von 40 Millionen Einzulnoten, ferner von Silbergulden und von Banknoten, die von der österreichisch-ungarischen Bank gegen Erlegung von Zwanzigprocenten in Gold bis zum Höchstbetrage von 160 Millionen zu beschaffen sind. Die Bank hat das erhaltene Geld nur für die Deckung der tauschweise ausgegebenen Banknoten zu verwenden. Die Einzulnotenpflicht für die Einzulnoten erlischt am 31. Dez. 1899. Der zweite Gesetzentwurf überläßt dem Finanzminister 120 Millionen Gulden aus den schon geprägten Zwanzigprocenten in Gold als die weitaus größte Reichthümer quantitativ entfallende Einzulnoten. Der dritte Gesetzentwurf ermächtigt den Finanzminister, die schwebende Schuld in Partial-Hypotheken-Anweisungen um 30 Millionen einzüglich zu vermindern, sobald er den Zeitpunkt für angemessen erachtet, und die Zahlungsmittel durch eine höchstens vierprozentige Renten Schuld zu beschaffen.

Wien, 26. Febr. (Telegramm.) Der Motivenbericht zu den heute eingebrachten Salutaregulierungen erklärt die vorgeschlagenen Maßnahmen als einen Schritt zur schließlichen Erreichung des von der Regierung im Auge behaltenen Ziel der Herstellung der Metallcirculation auf Grund der Goldwahrung. Die Einzulnotenpflicht der Banknoten gegen gleichzeitige Wahrung der Banknoten ist nach der vollständigen Umwandlung der Einzulnoten der Banknoten und Erreichung der Stabilität des gesetzlichen Wertes des Banknotenmarktes ausgeprochen worden. Die beherrschende Ueberzeugung ist, daß die baldige Beginn der Einlösung der Staatsnoten und Anwerthen derselben nach Maßgabe der bereits vorhandenen Mittel um so ratsamer erscheinen.

Italien.

Wieder eine Bombe.

Wien, 26. Febr. (Telegramm.) Gestern abend wurde im Teatro nuovo während der Vorstellung von „Otello“ eine Bombe durch ein Fenster nach der Bühne geworfen. Es erfolgte eine heftige Explosion, so daß die Fenster zertrümmert. Der Orchesterdirigirt ließ die Königs-Hymne und die Garibaldi-Hymne spielen. Das Publikum glaubte, es handle sich um einen zu der bengalischen Beleuchtung gehörigen Effekt. Ein Unglücksfall ist nicht vorgekommen. Der mutmaßliche Thäter ist verhaftet.

Halle und Umgegend.

Halle, 27. Februar.

(Stadtverordneten-Versammlung.) In ihrer gestrigen öffentlichen Sitzung genehmigte die Stadtverordneten-Versammlung die Verpachtung einer Wiese in der Planenaer Aue sowie die Abtretung von Land an eine Brauereiengrube. Dann wurde die Entlassung der Rechnung des Rathes für 1890 ausgesprochen, die Entlassung der Rechnung des Rathes für 1889 und 1891 davon ausgeht und einige Ausgabebücher nach längerer Erörterung einstimmig beantragt. Ferner wurde die Entlassung der Rechnung über Erwerb und Ausgab der Halle ausgesprochen. Für Pfasterungen und Kanalisirungen wurden provisorisch folgende Beträge bewilligt: Bezugsbuchung (welche Umfahrungen): Verträge 3500 M., Verträgebuchung (welche Umfahrungen) 4282 M., Gutsbuchung (welche Umfahrungen) 8400 M., Schlichter Verträgebuchung bis 1890 1800 M., Erträgebuchung 3100 M., Aufhebung der Schlichter in der Gr. Ulrichstraße, hinter der Ulrichstraße (am Diakonatsgebäude) 1200 M., Schlichterübergänge 4200 M.; Regulirungen: Robert Franzstraße (von Mühlstraße bis Pfleger Schloß) 21,400 M., Mühlstraße (Zwischenbücherei bis Pflegerstraße) 6750 M., Verträgebuchung der Eisenbahnstraße 500 M., Zerstörungsbücherei 5000 M., Wohlthätigkeiten 2200 M.; Kanalisirungen: Mühlstraße 2000 M., Spitze 2000 M., Kellerstraße 1200 M. Die Hausbaltpläne für Gutsbuchung, Wafferwerk, Oberwaldschule, Stadtbathhaus für 1894/95 wurden nach teilweise langer Erörterung mit einer größeren Anzahl Zusatzanträge genehmigt.

(Der Deutsche Anstaltoren-Verein.) Hauptverein der Anstaltorenbeamten und Berufsgenossen, der einen allgemeinen Bedürfnis entsprungen ist, daß während der Zeit seines Bestehens einen so reichen Aufschwung genommen, hat derselbe bereits über 5000 ordentliche und etwa 300 Ehrenmitglieder zählt. 2 Subdirtorien und 3 Abtheilungen nebst 110 Vereinen in allen Provinzen des Reiches vermitteln den Reichs Anstaltoren und der Vereine in der Provinz v. Preußen 19. Ein eigenes Vereinsorgan ist bestimmt, die humanen Beziehungen des Vereins in die Welt hinauszutragen und den Zusammenhang der Vereinsmitglieder unter einander zu befähigen.





